



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0865890

F/XIII/260 - 14. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Schöffers Cav-Berliner Gespräche Vieles bleibt noch im Dunkel	78
3 - 4	Wahlkampagne in Frankreich Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer	68
5 - 7	Einen volkaraken Staat schaffen! Von Ministerpräsident Georg August Zinn	115
7	Aneurir Bevan in Lissabon unerwünscht	20

\* \* \* \* \*

Schäffers Ost-Berliner Gespräche

sp - Seit einigen Tagen steht Bundesjustizminister Schäffer (CSU) im Mittelpunkt einer öffentlichen Diskussion, deren Ursprung inwieweit von Schäffer zugegebene Gespräche mit dem sowjetzonalen Botschafter in Ostberlin, Pusekin, sind. Am Freitag hat auch der frühere stellvertretende Verteidigungsminister der sowjetzonalen Regierung und jetzige Volkskammerabgeordnete der Sowjetzonen-CDU, Vinzenz Müller, behauptet, er habe im Juni 1955 und im Oktober 1956 lange Gespräche mit dem damaligen Bundesfinanzminister Schäffer über die Frage der deutschen Wiedervereinigung geführt. Aus der Versenkung herausgehoben und in der Form expressiverischer Ankündigungen publiziert, wurden diese mit politischem Explosivstoff geladenen Gespräche durch den SED-Chef Walter Ulbricht. Die erste Erklärung Schäffers vom 12. November 1958 bestreitet eine Zusammenkunft und Gespräche mit einem der sowjetzonalen Machthaber. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, steht also Aussage gegen Aussage.

Über die Hintergründe und Umstände des Besuches und der Gespräche Schäffers ist noch längst nicht alles bekannt. Sicher ist nach der bisherigen Praxis in der Bundesrepublik nur, daß jeder vom Barnstrahl Adenauers getroffen worden wäre, der etwa den gleichen Weg zu gehen versuchte, den Schäffer gegangen ist, - um seiner "Gewissenspflicht Genüge zu tun", wie es in Schäffers Erklärung heißt.

Hier zeigt sich die symptomatische Verlogenheit der politischen Atmosphäre in der Bundesrepublik. Als die FDP seinerzeit den erfolglos gebliebenen Versuch machte, mit der sowjetzonalen LDP in Kontakt zu kommen, wurde sie von der Kanzlerpartei als "kommunistisch unterwandert" bezeichnet und fast des Landesverrats bezichtigt. Als die SPD auf ihrem Stuttgarter Parteitag die Bundesregierung beschwor, um der Menschen in der Zone willen ein Höchstmaß innerdeutscher Aktivität auf technischer Ebene zu entwickeln, wiederholte der Kanzler das schändliche Wort vom "Untergang Deutschlands". Und als gar die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion aus Anlaß der letzten Berliner Bundestagsitzung die Diskussion über die Schaffung eines Amtes zur Regelung innerdeutscher Fragen eröffnete, erscholl aus Bonn der Ruf, die SPD bereite damit den Weg nach Pankow vor.

Der Bundeskanzler hat von dieser Schäffer'schen Extratour gewußt, was aus den Erklärungen des jetzigen Justizministers und eines Regierungssprechers hervorgeht. Damit stellt sich die Frage: Warum wurde der außenpolitischen Ausschuß des Bundestages in einer so wichtigen Sache nicht unterrichtet und warum wurde die deutsche und internationale Öffentlichkeit während zweier Jahre in dem Glauben gehalten, für das offizielle Bonn existiere Pankow überhaupt nicht? Und warum ließ man es wochenlang zu, daß andere Bundesminister durch die Enthüllungen Ulbrichts in Zwielicht und falschen Verdacht gerieter?

Wurde Schäffer seinerzeit von Gewissensnot getrieben - wie er behauptet - dann darf er auch jetzt nicht davor zurückschrecken, die Karten auf den Tisch zu legen und offen über seinen Gang nach Pankow zu sprechen. Oder hatte Schäffer geglaubt, allein sein Auftauchen in Ostberlin und sein geheimer Durchbruch durch dieses Tabu der deutschen Politik werde genügen, um einen Erfolg nach Hause zu bringen? Dann allerdings wäre er das Geld nicht wert, das er bisher als Bundesminister bezogen hat; denn gerade ihm hätte das böse Wort bekannt sein müssen, das dem Bundeskanzler nachgesagt wird: Ich werde mit Pankow sprechen, wenn es an der Zeit ist, bis dahin aber seien als Lügner bezeichnet, der das behauptet.

Die Erregung um den westdeutschen Ministerteebuch in Ostberlin spiegelt auf beiden Seiten eine unüberbietbare politische Unehrlichkeit und grenzenloses parteipolitisches Eigeninteresse. Ulbricht benutzt seine Kenntnisse, um nach den Aufweichungen der eigenen Reihen, nach der Säuberung seines Zentralkomitees und den irrsinnigen Prozessen gegen Jugendliche, die Fronten zwischen den beiden Teilen Deutschlands weit aufzureißen und jedem die blamablen Folgen zu zeigen, die Versuchen wollen, die deutsche Sache vorwärtszubringen. Adenauer und seine Freunde kommen von der Vorächte nicht los, dieses unwürdige Spiel mit umgekehrten Vorzeichen mitzuspielen, wobei das Auf und Nieder um den Bundestagsbeschluss zur Schaffung eines Viermächtegremiums zur Behandlung der deutschen Frage nicht einmal das beachtenswerteste Licht wirft.

In der besonderen Lage, in der wir uns als ein gespaltenes Land und als eine gesplattene Nation befinden, verbietet sich die Pflege der Hintertreppendorantik als politische Methode im Verkehr mit allen Mächten, die über unsere Zukunft und über die deutsche Wiedervereinigung mit zu entscheiden haben. Für diesen Verkehr und für die Erringung des höchsten Zieles der deutschen Politik gibt es nur ein Gebot: Offenheit und Ehrlichkeit nach allen Seiten!

Dieses Gebot ist nach allem, was bisher über Fakten und Hintergründe der Gespräche Schäffers in Ostberlin bekannt wurde, verletzt worden.

Wahlkampagne in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Fast 3 000 Kandidaten bewerben sich um die 465 Sitze des neuen Parlaments, das am 23. und 30. November gewählt wird. Dieser Andrang und auch die große Zahl der Parteien, Gruppen und Fraktionen, zeigt, daß die Diskutier- und Streitlust der Franzosen ungebrochen ist. Die Wahlvorbereitungen gleichen bis jetzt sehr stark ähnlichen Kampagnen in der 4. Republik. Als ob sich 1958 weiter nichts ereignet hätte ....

Als "Neue Partei" tritt die neogaullistische "Union de la Nouvelle République" (Union der neuen Republik) mit größtem Papieraufwand vor die Wähler. Ihre Initialen UNR prangen von allen Plakaten. Handelt es sich um eine Neuaufgabe des 1951 gescheiterten "Rassemblement du Peuple Français" oder der nachher entstandenen "Sozialrepublikaner"? Es werden jedenfalls ähnliche Töne angeschlagen, keine rechtsradikalen, sondern "nationalversöhnliche". Man appelliert an die Ja-Sager des 28. September, ihr "Cui" nicht zu "verschleudern", "einig" zu bleiben und de Gaulle "zu helfen", obwohl der Regierungschef sich ausdrücklich von jeder Parteipropaganda abgegrenzt hat.

Das selbständige Auftreten der UNR ist das Ergebnis ihres sensationellen Bruches mit dem rechtsbürgerlichen Dreiparteienblock: "Unabhängige" (Duchet), "Christliche Demokraten" (Bidault) und "Radikale" (rechter Flügel, Morice). Der Vierte in diesem Bunde der "Integralisten", Jacques Scustelle, mußte sich auf Drängen seiner eigenen Parteigenossen von den rechtsbürgerlichen distanzieren. Es wird also voraussichtlich keinen einheitlichen konservativen Bürgerblock geben, Gaullisten und Rechtsbürgerliche treten getrennt auf. Die UNR legt Wert darauf, nicht als "Rechtspartei", sondern eher als "Mittelpartei" taxiert zu werden. Das führte zu einer Annäherung der "Rechtsgaullisten" an die "Linksgaullisten" ("Republikanische Reform"), die von den demokratischen "Systemparteien" nicht sehr weit entfernt sind.

Dazu kommt noch, daß Poujade, der zuerst nicht kandidieren wollte, jetzt gleichfalls eigene Kandidaten aufstellt, seit er die Hoffnung auf eine Einheitsfront der Rechtsparteien zerschlagen sieht. Der eigentliche Grund für dieses allgemeine Zerwürfnis im rechtsradikalen Lager ist

14. November 1958

selbstverständlich die Schwenkung de Gaulle's in der Algerien-Frage, seine Absage an die Integralisten und an die Wohlfahrtsausschüsse und sein Verhandlungsangebot an die FLN.

Von den "alten" republikanischen Parteien entfaltet bis jetzt die SFIO die stärkste Propaganda. Auch sie legt aber Wert darauf, in neuem Gewande zu erscheinen. Große Plakate, auf welchen drei rote Pfeile dem Schiff der neuen Republik den Weg durch die Fluten und durch die Nacht weisen, präsentieren die Sozialistische Partei Frankreichs als "Vorhut der 5. Republik". Von den traditionellen republikanischen Bundesgenossen der SFIO, den Radikalen (Gaillard) und den Volksrepublikanern (Pflimlin) hat man bis jetzt wenig gehört.

Die demokratische Linksoption einigte sich schließlich im Rahmen des "Bundes der Demokratischen Kräfte" (UED) auf ein Wahlbündnis zwischen der Unabhängigen Sozialistischen Partei (Depreux, Verdier), der Sozialistischen Linkspartei (Bourdet) und den Anhängern von Mëndes-France. Die Kandidaten jeder dieser kleinen Parteien treten wohl unter eigener Flagge auf, konkurrieren aber nicht gegeneinander und unterstützen sich gegenseitig auf Grund einer gemeinsamen Plattform.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat gleichfalls mit starker Propaganda begonnen. Auch auf ihren Plakaten fehlt nicht die muskulöse Marianne mit der Jakobinermütze, die man fast bei allen französischen Parteien in verschiedenen Variationen wiederfindet. Der Ton der kommunistischen Propaganda ist seit der Volksentscheid sehr gemäßigt. Der kommunistische Gewerkschaftsbund CGT ist dieser Tage sogar an die Regierung herangetreten - mit der vorher Gespräche abgelehnt wurden - und hat in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, Verhandlungen über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen.

Es ist übrigens auffallend, daß dieser Herbst 1958 ohne die Massenstreikwellen der vergangenen Jahre zu Ende geht; offensichtlich ist das auf die umstürzenden politischen Ereignisse zurückzuführen, die vor den wirtschaftlichen Tagesfragen weitgehend abgelenkt haben. Die soziale Lage der Arbeiterschaft ist aber durchaus nicht rosig.

Sicher wäre es verfrüht, über die Wahlchancen der verschiedenen Parteien Prognosen zu stellen. Die letzten Tage vor dem Wahltermin, vor allem die Entwicklung in Algerien, werden auch in Frankreich großen Einfluß haben.

## Einen volkreichen Staat schaffen

Von Ministerpräsident Georg August Zinn

Man konnte in letzter Zeit des öfteren hören oder lesen, daß die Länder kaum noch politische Aufgaben hätten, sondern sich immer mehr in reine Verwaltungsbezirke verwandelten. Begründet wird diese Ansicht mit dem Rückgang der Gesetzgebungsarbeit bei den Landtagen. Dabei wird völlig übersehen, daß die unterbrochene Produktion von Gesetzen durch die Parlamente von Bund und Ländern lediglich die Folge des totalen Zusammenbruchs war, der den Wiederaufbau einer neuen Rechtsordnung notwendig machte, und kein Normalzustand. Auch beim Bundestag geht die Gesetzgebung zurück, je mehr sich unser Staatswesen festigt.

Dennoch soll man nicht glauben, daß keine politischen Aufgaben mehr blieben. Politisches Handeln findet nicht nur in Gesetzen seinen Ausdruck, genauso wenig wie Politik nur Außenpolitik ist. Gewiß kann sich eine Landesregierung auf bloßes Verwalten beschränken. Die hessische Regierung hat das seither nicht getan und wird es auch in Zukunft nicht tun, solange Sozialdemokraten maßgebend an ihr beteiligt sind.

Wir haben in Hessen eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialstruktur vorgefunden, die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung herausgebildet hatte, und die alles andere als ausgeglichen war. Die natürlichen Unterschiede zwischen reicheren und ärmeren Landesteilen, zwischen wirtschaftlich verschlossenen und noch unentwickelten Gebieten waren durch Kriegsfolgen und die Spaltung unseres Vaterlandes noch verstärkt worden. Wir haben bereits vor Jahren begonnen, durch eine systematische langfristige Planung diese Unterschiede zu verringern, und wir werden diese Arbeit fortsetzen mit dem Ziele, allen Menschen in ganz Hessen die Möglichkeit zu geben, in Sicherheit zu leben und ihre Kräfte frei zu entfalten.

### Arbeit und Wohnungen für alle

Wir haben im Rahmen des Hessen-Planes rund 74 000 Personen an die Arbeitsplätze ihres Ernährers umgesiedelt und außerdem in den wirtschaftlich unentwickelten Gebieten des Landes durch staatliche Förderungsmaßnahmen rund 100 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert. Wir werden diesen Weg weitergehen und im Rahmen eines Landesentwicklungsplanes systematisch ausbauen.

In unserem Land sind im Kriege 172 000 Wohnungen zerstört, seitdem jedoch 440 000 neu errichtet oder wieder aufgebaut worden. Trotzdem fehlen noch immer 180 000. Da der Bund seinen Anteil am Sozialen Wohnungsbau in Zukunft jährlich um 10 Prozent verringert, muß das Land seine Zuwendungen steigern, bis eine Normalisierung erreicht ist. Das kann in etwa 4 bis 5 Jahren der Fall sein. Durch Aufstellen eines Vier-Jahres-Planes muß den Gemeinden und Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeit zur Vorausplanung gegeben werden. In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung der Anlage moderner Wohnsiedlungen am Rande der Großstädte ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. In ähnlicher Weise wie die Regierung den Landgemeinden durch das Programm der Dorfgemeinschaftshäuser zu Hilfe gekommen ist, wird sie in den kleinen Landstädten und Arbeiterwohnsitzgemeinden in verstärktem Maße den Bau von Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen fördern.

### Der Landwirtschaft wird geholfen.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft habe ich vor vier Jahren in meiner Regierungserklärung ein Programm der Landmaschinenhilfe angekündigt, das damals von manchen Kreisen heftig angefeindet wurde. Inzwischen gibt es rund 2 000 Maschinengemeinschaften, Genossenschaften oder Zusammenschlüsse ähnlicher Art zur gemeinsamen Benutzung von landwirtschaftlichen Maschinen, deren Anschaffung für den einzelnen zu kostspielig und unrentabel wäre. In der hessischen Landwirtschaft dominiert der kleine und mittlere Familienbetrieb. Er kann in Zukunft - erst recht im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - nur durch Vollmechanisierung lebensfähig bleiben. Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, wird die Landesregierung ihr Programm in verstärktem Umfange fortsetzen, soweit es die finanziellen Möglichkeiten erlauben. Das Ziel dieser wie vieler anderer Maßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik ist, auch den Menschen auf dem Lande ein besseres Leben zu ermöglichen. Es ist kein Zufall, daß Hessen auf dem Gebiet der Flurbereinigung an der Spitze aller Bundesländer steht; daß bei uns 90 Prozent aller Rinderbestände tuberkulosefrei sind, während der Bundesdurchschnitt erst 65,7 Prozent beträgt, und daß Hessen beim landwirtschaftlichen Schulwesen führend ist.

Wenn wir das Gebiet des allgemein bildenden Schulwesens betrachten, so fällt auf, daß es in unserem Land auf 10 000 Einwohner 116 Mittel- und 188 Höhere Schüler gibt, während der Bundesdurchschnitt bei 77 Mittel- und 159 Höheren Schülern liegt. Das ist eine Folge der systematischen Begabtenförderung, die bei uns im Zusammenhang mit der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit betrieben wird. Jeder zweite Klassenraum in Hessen ist neu. Viermal soviel Unterrichtsräume, die im Kriege zerstört worden waren, sind neu gebaut worden. Wir haben einen zweiten Bildungsweg geschaffen, der begabten jungen Arbeitern die Möglichkeit geben soll, über unsere Aufbauklassen an den Berufsschulen zu den Ingenieurschulen oder über das Hessen-Kolleg in Wiesbaden zum Hochschulstudium zugelassen zu werden. Schon heute werden in unserem Land 23 Prozent mehr Fachschulingenieure herangebildet als im Bundesdurchschnitt, und unsere Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung sind wesentlich höher als die der meisten anderen Länder. Wir sind im Begriff, die Ausbildung der Lehrer ganz neu zu regeln, und ich bin überzeugt, daß wir eine Form gefunden haben, die anderen zur Vorbild dienen kann.

In diesem Jahr haben wir einen Landesjugendplan entworfen, der weiter ausgebaut werden muß. Dazu müßte nach meiner Auffassung ein Landesgesundheitsplan treten, in dessen Rahmen eine vorbeugende Gesundheitspflege betrieben werden soll, ferner ein Programm zur Sicherung eines geborgenen und erfüllten Lebensabends. Wer sein

Arbeitsleben hinter sich hat, soll auch bei uns nicht vergessen werden. Schließlich brauchen wir noch ein Sportförderungsprogramm, das die Arbeit der Verbände unterstützt und koordiniert.

#### Ideenreich regieren

Diese Beispiele sollen zeigen, daß eine Landesregierung auf vielen Gebieten eigene Initiative entwickeln kann. Es ist selbstverständlich, daß sie die Gesetze des Bundestages beachten muß. Aber eine Landesregierung hat eben nicht nur Gesetze auszuführen. Das ist die Aufgabe der Verwaltung.

Regieren heißt Ideen haben, heißt sich Gedanken machen über die Zukunft, kommende Entwicklungen voraussehen und den Fortschritt die Wege ebnen oder Fehlentwicklungen rechtzeitig abbremsen. Wir wollen zeigen, daß vernünftiges Planen etwas anderes ist als der Dirigismus des Ostens, der jeden einzelnen in eine Zwangsjacke preßt. Aber wir wollen ebenso wenig in den Fehler der Altliberalen verfallen, die glaubten - und mancher glaubt es noch heute - man brauche die Dinge und die Menschen nur sich selbst zu überlassen. Dann werde sich alles zum Besten wenden.

Wir wollen in Hessen ein Land entwickeln, in dem alle möglichst gleichmäßig am Wohlstand teilhaben, ein Land des Ausgleichs, der Freiheit und des sozialen Fortschritts. Sozialismus heißt für uns, sich dem Menschen verpflichtet zu fühlen.

+ + +

#### Aneurin Bevan in Lissabon unerwünscht

sp - Der Außenminister in einer zukünftigen britischen Labour-Regierung, Aneurin Bevan, darf in Portugal nicht sprechen. Er darf nicht einmal portugiesischen Boden betreten. Eine Gruppe um den Oppositionskandidaten General Delgado hatte den berühmten britischen Politiker gebeten, vor geschlossenen Kreis Vorträge zu halten. Diese Einladung an einen Mann, der immerhin in den vergangenen Jahren von einem Chruschtschow und Eisenhower empfangen worden ist, und dem auch Mao Tse Tung die Ehre einer Unterredung gewährte, und der im nächsten Jahr auch Gast unseres Staatspräsidenten Prof. Heuss sein wird, mißfiel der portugiesischen Regierung, und sie machte durch ein Verbot das Erscheinen Bevans in Lissabon unmöglich.

Portugal ist Mitglied des NATO-Paktes, es gehört, wie unsere christkatholischen Abendländer und Kreuzzugsritter versichern, geistig und politisch zum Kern Europas, aber in diesem Land gelten politische Sitten, die mit der Demokratie und auch den Geboten der Gastfreundschaft nicht in Einklang zu bringen sind. Wenn es nach unserem Vizepräsidenten des Bundestages, Dr. Jäger, ginge, hätten wir recht bald den Geist eines Salazars in der Bundesrepublik, denn dieser Mann entspricht völlig dem Herzen vieler Christ-Demokraten. Übrigens Jäger: Er will die letzte Rundfunkrede des russischen Botschafters Smirnow (im Bayerischen Rundfunk), den er als Staatsfeind Nr. 1 bezeichnete, zum Anlaß nehmen, um unerwünschte Stimmen zum Schweigen zu bringen. Aber Bonn ist nicht Lissabon - das sollte sich auch ein Herr Jäger merken.

\* \* \*